

mangelt an ausgebildeten Pfarrern, und die aktiven Kirchenleiter sind fast alle überaltert. Eine der Prioritäten ist daher für die Protestanten in China, neue Theologen auszubilden. Dies geschieht seit 1981 auf nationaler Ebene durch das theologische Seminar in Nanjing, das inzwischen 200 Studenten graduiert hat. Von den Voraussetzungen her verfügt das Seminar Nanjing über eine gute Bibliothek, hat eine Reihe qualifizierter Professoren – allerdings wenig junge – und bietet einen weiterführenden Studiengang mit dem Abschluß des Magisters bzw. für die Zukunft des Doktorats in Theologie an. Mit dem „Centre for Religious Studies“, das in Verbindung mit der Nanjing-Universität geführt wird, sind die Protestanten auch in der Lage, allgemeine Kurse und Vorlesungen zu religiösen Fragen an der Universität anzubieten.

Neben den theologischen Studien bemüht sich das Theologische Seminar Nanjing auch gezielt um *chinesische christliche Kunst und Kirchenmusik*. Das neue Gesangbuch der Protestanten enthält neben den altvertrauten westlichen Melodien etwa ein Drittel chinesischer Gesänge. Neben dem nationalen Seminar in Nanjing gibt es 12 regionale Seminare und eine Reihe kleinerer Ausbildungsstätten auf dem Land. Sehr große Bedeutung hat ein theologischer Fernkurs (Korrespondenzkurs) erlangt, der für kirchliche Mitarbeiter in den Pfarreien einen gedrängten Überblick über die wichtigsten theologischen Fragen gibt. In den letzten 4 Jahren haben diesen Kurs über 50 000 absolviert. In Nanjing und anderen Städten werden für kirchliche Mitarbeiter kürzere Informationskurse (4–6 Wochen Dauer) angeboten, die die Absolventen befähigen sollen, in den Gemeinden bei Katechese und Gottesdienst zu helfen.

Noch stärker als bei den Katholiken zeigt sich die protestantische Kirche in China als eine *Kirche im Wachstum*. Betrug die Zahl der protestantischen Christen 1949 nur 700 000, so wird für 1988 eine Zahl von 4 Millionen genannt, von der die meisten Beobachter meinen, daß sie eher zu niedrig geschätzt ist. Der *Chinesische Christenrat* (China Christian Council) bezeichnet sich weiterhin als eine „Kirche im Prozeß der Einigung“ (uniting church), deren Charakteristikum die Überwindung des Konfessionalismus sei. Der Einigungsprozeß verläuft aber offen-

sichtlich langsamer, als die Optimisten ursprünglich angenommen haben. Es wird davon gesprochen, daß es weiterhin Unterschiede und auch Auseinandersetzungen gibt, daß man sich aber bemühe, im Gespräch zu bleiben und gegenseitig die Überzeugungen und Bräuche des anderen zu achten.

Noch keine geregelten ökumenischen Beziehungen

Im Juni 1988 wurden in Shanghai *zwei neue Bischöfe* geweiht, *Sun Yanli* und *Shen Yifan*, die beide bisher als Gemeindepastoren in Shanghai tätig waren. Dabei wurde die Bedeutung dieses Aktes darin gesehen (z. B. in der Predigt des ordinierenden Bischofs *K. H. Ding*), daß es darum ginge, das episkopale System innerhalb der protestantischen Kirche zu bewahren, daß die neuen Bischöfe aber keine Diözese zur Verwaltung erhielten, sondern weiterhin ihr Amt als Gemeindepfarrer versehen. Wie eine „vereinte protestantische Kirche“ in China aussehen könnte, wird die weitere Entwicklung entscheiden. Unter den evangelischen Christen gibt es Gruppen, die mit dem chinesischen Christenrat unzufrieden sind und der patriotischen Dreiselbst-Bewegung aus grundsätzlichen Bedenken ablehnend gegenüberstehen. Verglichen mit den Auseinandersetzungen unter den Katholiken, geben die Protestanten ein geschlosseneres Bild und sind weniger mit sich selbst beschäftigt. Durch die „Amity Foundation“ und andere Unternehmungen auf dem gesellschaftlichen Sektor sind sie in der Öffentlichkeit stärker präsent.

Was die *ökumenischen Beziehungen* zwischen den katholischen und protestantischen Christen angeht, so ist die Zeit der Auseinandersetzungen und gegenseitigen Diffamierung offensichtlich beendet. In der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes arbeiten katholische und protestantische Kirchenführer miteinander. In den Gemeinden ist eine gegenseitige Achtung zu spüren. Es fehlt aber an geregelten ökumenischen Beziehungen, weil beide Gruppen mit den eigenen Problemen mehr als genug zu tun haben. Wegen der Unterschiede in den Gottesnamen u. a. ist die gemeinsame Benutzung einer Bibelübersetzung bisher nicht möglich. Georg Evers

Kurzinformationen

Diskussion über die „Kölner Erklärung“ auf der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Auf ihrer diesjährigen Frühjahrsvollversammlung vom 13. bis 16. Februar in Mainz bekräftigte die Deutsche Bischofskonferenz die Erklärung ihres Vorsitzenden vom 26. Januar zur „Kölner Erklärung“ der Theologieprofes-

soren (vgl. ds. Heft S. 127). Bischof Lehmann wird im Laufe der nächsten Monate mit Vertretern der theologischen Disziplinen, besonders auch der Moraltheologen, zusammentreffen, um die anstehenden Probleme zu erörtern. Die Bischofskonferenz, so der Pressebericht über die Vollversammlung, bittet alle Theologen, „das Gespräch mit der notwendigen Sachlichkeit und Selbstdis-

ziplin zu führen“. Die Aussprache unter den Bischöfen über die gegenwärtige kirchliche Situation habe „mit großem Ernst, in völliger Offenheit und hoher Einmütigkeit“ stattgefunden. Die Bischöfe befaßten sich auch mit dem geplanten *Schwangerenberatungsgesetz*: Der letzte Referentenentwurf vom 6. Juni 1988 biete gegenüber der jetzigen Gesetzeslage einige wirkliche Verbesserungen zum Schutz der ungeborenen Kinder. Gleichzeitig wiesen die Bischöfe aber auch auf einige Punkte hin, die noch nicht befriedigend geregelt seien. So sei im Entwurf die von den Bischöfen immer wieder geforderte räumliche und nicht nur personelle Trennung zwischen Beratung und Indikationsfeststellung nicht aufgenommen. Der Studientag der Frühjahrsvollversammlung galt der *Pastoral zur Weckung von Priester- und Ordensberufen*. Dabei kam man u. a. zu folgenden Aufgabenstellungen: die Seelsorge an jungen Erwachsenen unter dem Gesichtspunkt Evangelisierung und Berufung soll intensiviert, die geistlichen Zentren und Kräfte der Berufungspastoral auf Bistums- und Regionalebene sollen vernetzt werden. Bußsakrament und Firmung als wichtige Ansatzstellen für die Berufungspastoral bräuchten ergänzende katechetische Hilfen. Zum neuen Vorsitzenden der Publizistischen Kommission (als Nachfolger des verstorbenen Rottenburger Bischofs Georg Moser) wurde der Trierer Bischof *Hermann-Josef Spital* gewählt; Kardinal *Meisner* übernahm an seiner Stelle den Vorsitz der Liturgiekommission.

„Iustitia et Pax“ verurteilt alle Formen des Rassismus

In ihrem am 10. Februar veröffentlichten Dokument „Die Kirche und der Rassismus. Für eine brüderliche Gesellschaft“ (Osservatore Romano, 11. 2. 89) gibt die Päpstliche Kommission „Iustitia et Pax“ einen Überblick über rassistisches Verhalten in der Geschichte und stellt heutige Formen des Rassismus dar. Dabei wird der *institutionelle Rassismus der Apartheid* als „offenkundigste Form“ des Rassismus bezeichnet. Für Südafrika sei es höchste Zeit, die Rassenvorurteile zu überwinden, „damit die Zukunft auf dem Grundsatz der gleichen Würde der Person aufgebaut werden kann“. Die gesamte südafrikanische Gemeinschaft und die Völkergemeinschaft müßten jede Anstrengung unternehmen, um einen konkreten Dialog zwischen den beteiligten Hauptparteien zustande zu bringen. Das Dokument nennt als weitere Erscheinungsformen des Rassismus die Diskriminierung von Ureinwohnern und die Einschränkung der Rechte von Minderheiten. Erwähnt werden Stammesfehden, die die „Pflege des Gemeinwohls der Gesellschaft als Ganzes“ gefährden könnten. Als verbreitetes Phänomen wird der „spontane Rassismus“ angeführt, der vor allem in Ländern mit hoher Einwanderungsrate gegenüber Ausländern zu beobachten sei. Aus übertriebenem Nationalismus könne Fremden- oder gar Rassenhaß werden. Das Dokument spricht auch den Antisemitismus an: „Obwohl tragischste Form der rassistischen Ideologie in unserem Jahrhundert mit dem ganzen Schrecken des ‚Holocaust‘, ist der Antisemitismus unseligerweise immer noch nicht gänzlich verschwun-

den.“ Der Text von „Iustitia et Pax“ entfaltet die christliche Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen und der Einheit der Menschen und nennt als sittliche Konsequenzen daraus die Achtung der Unterschiede, die Brüderlichkeit und die Solidarität. Rassenvorurteile könnten, so das Dokument, letztlich nur durch den „Wandel der Herzen“ beseitigt werden. Dazu brauche es die Stärkung der geistigen Überzeugungen von der Achtung für andere Rassen und Volksgruppen. Die Überzeugungsaufgabe der Kirche werde auch durch das Zeugnis im Leben der Christen geleistet. Doktrin und Beispiel allein reichten aber nicht aus: „Die Opfer des Rassismus, wo immer sie sich befinden, müssen verteidigt werden.“ Diskriminierungen müßten bloßgestellt und mit aller Kraft verworfen werden. Die Christen zögerten nicht, sich mit der nötigen Einsicht ihrer Verantwortung am Kampf gegen den Rassismus zu beteiligen, „wobei sie stets gewaltlose Mittel vorziehen“.

ZdK verlangt Verständnis und mehr Hilfen für die Aussiedler

Am 25. Januar veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) eine Erklärung zur Situation der Aussiedler. In der Erklärung begrüßt das ZdK „die Erleichterungen zur Ausreise, die es vielen Menschen nach längerer Wartezeit ermöglicht, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen, Angehörige und Verwandte wieder zu sehen und in Freiheit leben zu können“. Gleichzeitig werden die Regierungen osteuropäischer Staaten aufgefordert, „die Menschenrechte in ihren Ländern zu achten, und es den deutschen Landsleuten, die bleiben wollen, zu ermöglichen, ihre nationale Eigenart zu pflegen und zu bewahren“. Mit dem Text wendet sich das ZdK sowohl an die Aussiedler selbst wie an die einheimische, insbesondere katholische Bevölkerung. Die Aussiedler werden gebeten, „für Schwierigkeiten bei der Aufnahme Verständnis zu haben“. Die Eingliederung in eine neue Gesellschaft benötige Zeit und Geduld. Die bundesdeutsche Bevölkerung, insbesondere Pfarrgemeinden und katholische Verbände, werden dazu ermuntert, den Aussiedlern bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen und bei der Nutzung sozialer Dienste zu helfen. Angeregt wird die Übernahme von Patenschaften zur Erleichterung der Eingliederung. Vom Staat bzw. von den öffentlichen Händen verlangt die Erklärung eine quantitative und qualitative Verbesserung der Sprachkurse (die derzeitige Sprachförderung von max. 10 Monaten reiche in der Regel nicht aus); den weiteren Ausbau von Hilfen zur beruflichen Eingliederung; eine nachhaltige Ausweitung des allgemeinen Wohnungsbaus (ohne, wie eigens hinzugefügt wird, „unangemessene Bevorzugung der Aussiedler bei der Vergabe von Wohnungen“); eine bessere finanzielle Absicherung der schulischen, beruflichen und sozialen Eingliederungshilfen und schließlich besondere Anstrengungen in der politischen Bildung, damit die Aussiedler ihre Rechte und Pflichten politischer Mitgestaltung voll wahrnehmen können.

Freckenhorster Kreis äußert sich in einer Stellungnahme zur Autoritätsausübung in der Kirche

Vor dem Hintergrund verschiedener umstrittener Vorgänge innerhalb der katholischen Kirche in der letzten Zeit trat der *Freckenhorster Kreis*, eine Gruppe von Priestern und Laien vornehmlich aus dem Bistum Münster, mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit, die in mancherlei Hinsicht Parallelen zu der *Kölner Erklärung* von 170 Theologen aufweist (vgl. ds. Heft, S. 127 ff.). In der Stellungnahme wird darauf hingewiesen, daß man eine „zunehmende Kirchenverdrossenheit“ erfahre. Einen entscheidenden Grund hierfür sieht man „in dem autoritären Vorgehen vatikanischer Stellen und des gegenwärtigen Papstes, die durch gezielte Personalentscheidungen gegen die Ortskirchen, durch Disziplinierungsmaßnahmen gegen Theologen, durch den Druck auf Bischofskonferenzen und Orden, durch vatikanische und päpstliche Stellungnahmen und Erklärungen die durch das II. Vatikanische Konzil in der Kirche ausgelöste Bewegung stoppen und wieder rückgängig machen wollen“. In dem Zusammenhang wird auf die jüngsten umstrittenen *Bischofsnennungen* in Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik verwiesen, die geplante Neuordnung der *Bischofskonferenzen*, die Praxis der Erteilung der *Lehrerlaubnis* für Theologieprofessoren, die Bewertung der Enzyklika *Humanae vitae* Pauls VI. durch den gegenwärtigen Papst als eine geradezu unfehlbar verkündete Glaubenswahrheit, das Verbot der *Laienpredigt* in der Eucharistiefeier, den Verlauf der letzten Bischofssynode, durch die sich nach Ansicht des Freckenhorster Kreises der Trend einer *Reklerikalisierung* der Kirche bestätigt habe, die Behandlung der Frage der Stellung der *Frau in der Kirche* im Papstschreiben „*Mulieris dignitatem*“ sowie die vatikanische Kirchenpolitik im Fall *Brasiliens*. Im weiteren Verlauf der Stellungnahme spricht man sich gegen eine theologisch fragwürdige Überhöhung von Primat und Unfehlbarkeit des Papstes aus, plädiert für mehr Kollegialität unter den Bischöfen und Achtung vor der Vielfalt innerhalb der einen Weltkirche. Teilkirchen seien keine

Verwaltungsbereiche oder Agenturen der einen Zentrale der Kirche. Die Kirche sei keine Demokratie – sie sei aber erst recht keine Monarchie oder ein Feudalsystem.

Vertreter der US-Bischofskonferenz und des Apostolischen Stuhls treffen sich im März im Vatikan

Die seit Jahren erwarteten Gespräche zwischen den amerikanischen Bischöfen und hohen Vertretern der vatikanischen Dikasterien sowie dem Papst werden vom 8. bis 10. März im Vatikan stattfinden. Innerhalb von drei Jahren wird es das dritte Mal sein, daß der Papst mit amerikanischen Bischöfen zusammentrifft: 1987 besuchte er zum zweitenmal die US-Kirche (vgl. HK, Oktober 1987, 460f.). Im Verlauf des letzten Jahres fanden die alle fünf Jahre üblichen Ad-limina-Besuche der US-Bischöfe statt. Wie aus einem Brief des Papstes vom 10. Januar an die US-Bischöfe hervorgeht (vgl. den Wortlaut, in: NC News Service, 24. 1. 89), lautet das Thema des Treffens: „Evangelisierung im Kontext der Kultur und Gesellschaft der Vereinigten Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Aufgabe der Bischöfe als Lehrer des Glaubens“. In seinem Brief zitierte Johannes Paul II. aus seiner Ansprache vor den Bischöfen der Kirchenprovinzen von Louisville, Mobile und New Orleans vom 31. Mai 1988 (vgl. *Osservatore Romano*, 1. 6. 88), daß es seine Absicht sei, mit den US-Bischöfen über eine „organische pastorale Sicht unseres bischöflichen Dienstes“ zu sprechen: „Diese organische Sicht muß die ewig gültigen Anforderungen des Evangeliums berücksichtigen; sie muß außerdem die unbestreitbaren Prioritäten des Lebens der Kirche heute beinhalten – sowohl in bezug auf die universale Kirche wie auch die Kirche in den Vereinigten Staaten. Zugleich muß sie den Ruf des Zweiten Vatikanischen Konzils zu Reform und Erneuerung der Kirche widerspiegeln – so wie es vom Bischof von Rom und vom weltweiten Episkopat in Gemeinschaft mit ihm ständig wiederholt wird.“ An der Stelle betonte der Papst ausdrücklich die Kontinuität der bevorstehenden Gespräche mit den vorhergegangenen Treffen mit US-Bischöfen.

Bücher

THOMAS NIPPERDEY, *Religion im Umbruch*. Deutschland 1870–1918. Verlag C. H. Beck, München 1988, 166 S. 16,80 DM.

Das kleine Buch des Münchner Historikers Nipperdey, entstanden im Rahmen seiner Arbeit an einer Deutschen Geschichte von 1866–1918, ist vor allem in zweierlei Hinsicht interessant. Hier wird die kirchlich-religiöse Entwicklung in der Zeit des deutschen Kaiserreichs von einem Profanhistoriker dargestellt, der in mancher Beziehung einen unbefangeneren Blick hat als Kirchengen-

schichtler. Wichtiger ist allerdings, daß sich Nipperdey nicht auf eine der beiden Konfessionen bzw. Kirchentümer beschränkt, sondern ein Gesamtpanorama der religiösen Szene gibt (in dem nur das Judentum fehlt). Nipperdey behandelt den deutschen Katholizismus und Protestantismus mit ihren jeweiligen Eigenheiten und inneren Facetten und bezieht außerdem die nichtkirchliche Religiosität jener Jahrzehnte mit ein: die verschiedenen Spielarten des kämpferischen Atheismus, die „säkularen Sinnstiftungen“ wie die bürgerliche Religion von Arbeit und Familie und Bildung und Kunst als Religionsersatz,